

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Belarus), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
StF: BGBl. III Nr. 69/2002 (NR: GP XXI RV 738 AB 917 S. 87. BR: AB 6553 S. 683.)

Änderung

BGBl. III Nr. 129/2015 (NR: GP XXV RV 394 AB 505 S. 64. BR: AB 9335 S. 840.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 15. Dezember 2001 bzw. 7. Februar 2002 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 28 Abs. 1 mit 9. März 2002 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Belarus, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
1. die Einkommensteuer;
 2. die Körperschaftsteuer;
 3. die Grundsteuer;
 4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
 5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- b) in Belarus:
1. die Steuer vom Einkommen und von Gewinnen juristischer Personen;
 2. die Einkommensteuer natürlicher Personen;
 3. die Steuer von unbeweglichem Vermögen und
 4. die Grundsteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder die Republik Belarus;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich; bedeutet der Ausdruck „Belarus“ die Republik Belarus und, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, über das die Republik Belarus nach belarussischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte und Rechtsprechung ausübt;
 - c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - f) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Schiff oder Luftfahrzeug, das von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen betrieben wird, es sei denn, das Schiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Belarus: das Ministerium für Steuern und Abgaben der Republik Belarus oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen

Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) wenn die Ansässigkeit nicht gemäß lit. a bis c bestimmt werden kann, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich

auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Anteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig

ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, von der Besteuerung im erstgenannten Staat ausgenommen, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und:

- a) der Empfänger der Zinsen ein Vertragsstaat oder eine Gebietskörperschaft oder die Zentralbank (Nationalbank) eines Vertragsstaats ist; oder
- b) die Zinsen für ein Darlehen gezahlt werden, das von der Regierung des Vertragsstaats genehmigt wurde, in dem der Schuldner der Zinsen ansässig ist;
- c) die Zinsen für ein Darlehen oder einen Kredit gezahlt werden, die von öffentlichen Einrichtungen des anderen Vertragsstaats zur Förderung des Exportes gewährt, garantiert oder besichert werden, und die mit der Lieferung gewerblicher, kaufmännischer, medizinischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen zusammenhängen, die ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätigt.
- d) Der in lit. c verwendete Ausdruck „öffentliche Einrichtung“ umfasst auch die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese

Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder Transportfahrzeuge oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbstständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

(3) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „feste Einrichtung“ feste Räumlichkeiten, wie ein Büro oder einen Raum, durch die die selbstständige Tätigkeit einer natürlichen Person ganz oder teilweise ausgeübt wird.

Artikel 15

Unselbstständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

Ruhegehälter

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, nur im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Belarus und den Mitgliedern der österreichischen Außenhandelsstelle in Belarus gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Belarus besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b, c, und d diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Belarus besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Belarus gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Belarus bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a, die von einer in Belarus ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach diesem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die in Österreich als Einkünfte betrachtet werden, die auf Grund dieses Abkommens in Belarus zu besteuern sind, dürfen dessen ungeachtet in Österreich besteuert werden, wenn Belarus nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens diese Einkünfte auf Grund dieses Abkommens nicht besteuert.

(2) In Belarus wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Belarus ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen, und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Belarus

- i) auf die vom Einkommen (von den Gewinnen) dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen (von den Gewinnen) entspricht;
- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen (von den Gewinnen) oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte (die Gewinne), die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher

Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch von einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Beachte für folgende Bestimmung

vgl. Art. 3, BGBl. III Nr. 129/2015

Artikel 26

Informationsaustausch

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

In-Kraft-Treten

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahren mit. Das Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die spätere dieser Mitteilungen erfolgt.

(2) Die Bestimmungen des Abkommens finden Anwendung:

- a) hinsichtlich der an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern vom Einkommen für Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- c) hinsichtlich der Vermögensteuern für Steuern von jenen Teilen des Vermögens, die am 1. Jänner des Jahres bestanden haben, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Die Bestimmungen des am 10. April 1981 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens *) sind in Bezug auf österreichische oder belarussische Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen nicht mehr anzuwenden, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 Anwendung findet.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 411/1982

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) hinsichtlich der an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr der Kündigung folgt;
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern vom Einkommen für Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt;
- c) hinsichtlich der Vermögensteuern für Steuern, die von jenen Teilen des Vermögens erhoben werden, die am 1. Jänner des Jahres bestanden haben, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Minsk, am 16. Mai 2001, in zwei Urschriften, jede in deutscher, belarussischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Protokoll

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

1. Der im Abkommen verwendete Ausdruck „Gebietskörperschaft“ („political subdivision“) bezieht sich nur auf Österreich.

2. Zu Artikel 7:

Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

3. Zu Artikel 22:

Es besteht Einvernehmen darüber, dass Betriebsvermögen, das nicht aus Grundstücken oder Gebäuden besteht und das zu einer unter Artikel 5, Absätze 3 und 4 fallenden gewerblichen Tätigkeit gehört, gemäß Artikel 22 Absatz 2 besteuert werden darf.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Minsk, am 16. Mai 2001, in zwei Urschriften, jede in deutscher, belarussischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2015

Ausgegeben am 17. September 2015

Teil III

129. Protokoll zur Abänderung des am 16. Mai 2001 in Minsk unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
(NR: GP XXV RV 394 AB 505 S. 64. BR: AB 9335 S. 840.)

129.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

Protokoll zur Abänderung des am 16. Mai 2001 in Minsk unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

[Protokoll in deutscher Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll in belarussischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 4 des Protokolls wurden am 18. Juni 2015 bzw. 1. Juli 2015 abgegeben; das Protokoll tritt daher gemäß seinem Art. 4 mit 1. Oktober 2015 in Kraft.

Faymann

PROTOKOLL
ZUR ABÄNDERUNG DES AM 16. MAI 2001 IN MINSK UNTERZEICHNETEN
ABKOMMENS
ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND
DER REGIERUNG DER REPUBLIK BELARUS
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Belarus, von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll zur Abänderung des am 16. Mai 2001 in Minsk unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen¹ (im Folgenden „Abkommen“ genannt) abzuschließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

¹ Kundgemacht in BGBl. III Nr. 69/2002.

Artikel 1

Artikel 3 Absatz 1 lit. g) ii) des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"ii) in Belarus: das Ministerium für Steuern und Abgaben der Republik Belarus oder dessen bevollmächtigten Vertreter;"

Artikel 2

Artikel 26 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 26

Informationsaustausch

1. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

2. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem

Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

3. Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

4. Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

5. Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen."

Artikel 3

In Bezug auf Artikel 26 des Abkommens sind die Vertragsstaaten wie folgt übereingekommen:

"1. Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) die Art der erbetenen Auskünfte und die Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

2. Die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe schließt nicht spekulative Auskunftersuchen ein, die keinen ersichtlichen Nexus zu einer laufenden Untersuchung oder Ermittlung haben.

3. Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens verpflichtet die Vertragsstaaten nicht dazu, Informationen auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen."

Artikel 4

Die Vertragsstaaten teilen einander auf diplomatischem Weg mit, dass alle rechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Protokolls abgeschlossen sind. Das Protokoll, welches einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bildet, tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der oben genannten Mitteilungen folgt. Die Bestimmungen des Protokolls finden Anwendung auf alle Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. November 2014, in zwei Urschriften, jede in deutscher, belarussischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Republik
Österreich:

Sebastian Kurz

Für die Republik
Belarus:

Vladimir Makei

PROTOCOL

AMENDING THE CONVENTION

BETWEEN

THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA

AND

THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF BELARUS

FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO
TAXES ON INCOME AND ON PROPERTY SIGNED AT MINSK

ON 16 MAY 2001

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Belarus, desiring to conclude a Protocol amending the Convention between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Belarus for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on property, signed at Minsk on 16 May 2001 (hereinafter referred to as "the Convention"),

Have agreed as follows:

Article 1

Subparagraph g) ii) of paragraph 1 of Article 3 of the Convention shall be replaced by the following:

"ii) in Belarus: the Ministry of Taxes and Duties of the Republic of Belarus or its authorised representative;"

Article 2

Article 26 of the Convention shall be replaced by the following:

"ARTICLE 26

Exchange of Information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Convention or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.
2. Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.
3. In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:
 - a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
 - b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
 - c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

4. If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.
5. In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person."

Article 3

In respect of Article 26 of the Convention the Contracting States agreed on the following:

"1. The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Convention to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

- (a) the identity of the person under examination or investigation;
- (b) the nature of the information sought and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;
- (c) the tax purpose for which the information is sought;
- (d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;
- (e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;
- (f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

2. It is understood that the exchange of information provided in Article 26 of the Convention does not include speculative requests that have no apparent nexus to an open inquiry or investigation.

3. It is understood that paragraph 5 of Article 26 of the Convention does not require the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis."

Article 4

The Contracting States shall notify each other through diplomatic channels that all legal procedures for the entry into force of this Protocol have been completed. The Protocol, which shall form an integral part of the Convention, shall enter into force on the first day of the third month next following the date of the receipt of the latter of the notifications referred to above. The provisions of this Protocol shall have effect with regard to taxable periods beginning on or after 1 January of the calendar year next following the year of the entry into force of this Protocol.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna, on 24 November 2014, in the German, Belarusian and English languages, all the texts being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of
the Republic of Austria:

Sebastian Kurz

For the Government of
the Republic of Belarus:

Vladimir Makei

ПРАТАКОЛ

аб унясенні паправак у Пагадненне паміж Урадам Рэспублікі Беларусь і Урадам Аўстрыйскай Рэспублікі аб пазбяганні дваінога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць, падпісанага ў г.Мінску 16 мая 2001 года

Урад Рэспублікі Беларусь і Урад Аўстрыйскай Рэспублікі,
жадаючы заключыць Пратакол аб унясенні паправак у Пагадненне
паміж Урадам Рэспублікі Беларусь і Урадам Аўстрыйскай Рэспублікі аб
пазбяганні дваінога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на
даходы і маёмасць, падпісанага ў г.Мінску 16 мая 2001 года (далей –
Пагадненне),
пагадзіліся аб наступным:

Артыкул I

Падпункт g) (ii) пункта 1 артыкула 3 Пагаднення выкласці ў
наступнай рэдакцыі:

”(ii) у Беларусі: Міністэрства па падатках і зборах Рэспублікі
Беларусь або яго паўнамоцнага прадстаўніка;“.

Артыкул II

Артыкул 26 Пагаднення выкласці ў наступнай рэдакцыі:

”Артыкул 26

Абмен інфармацыяй

1. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў абменьваюцца такой
інфармацыяй, якая неабходна для выканання палажэнняў дадзенага
Пагаднення або адміністравання або прымусовага выканання
нацыянальных заканадаўстваў, што датычацца падаткаў любога віду і
роду, што спаганяюцца ад імя Дагаворных Дзяржаў, іх палітыка-
адміністрацыйных падраздзяленняў або мясцовых органаў улады, у той
ступені, у якой такое падаткаабкладанне не супярэчыць дадзенаму
Пагадненню. Абмен інфармацыяй не абмяжоўваецца артыкуламі 1 і 2
дадзенага Пагаднення.

2. Любая інфармацыя, атрыманая Дагаворнай Дзяржавай у
адпаведнасці з пунктам 1 дадзенага артыкула, лічыцца канфідэнцыяльнай,
таксама як і інфармацыя, атрыманая ў рамках нацыянальнага

2

заканадаўства гэтай Дагаворнай Дзяржавы, і раскрываецца толькі асобам або органам (уключаючы суды і адміністрацыйныя органы), звязаным з вызначэннем або зборам падаткаў, іх прымусовым спагнаннем або судовым праследаваннем, або разглядам заяў у дачыненні да падаткаў, пра якія гаворыцца ў пункце 1 дадзенага артыкула, або наглядам за ўсім згаданым. Дадзеныя асобы або органы выкарыстоўваюць такую інфармацыю толькі для гэтых мэт. Яны могуць раскрываць інфармацыю ў ходзе адкрытых судовых пасяджэнняў або пры прыняцці судовых рашэнняў. Нягледзячы на сказанае, інфармацыя, атрыманая Дагаворнай Дзяржавай, можа быць выкарыстана для іншых мэт, калі такая інфармацыя можа быць выкарыстана для такіх іншых мэт у адпаведнасці з заканадаўствам абездзвух Дагаворных Дзяржаў і кампетэнтны орган Дагаворнай Дзяржавы, якая прадастаўляе інфармацыю, дазваляе такое выкарыстанне.

3. Ні ў якім выпадку палажэнні пунктаў 1 і 2 дадзенага артыкула не павінны тлумачыцца як тыя, што абавязваюць адну Дагаворную Дзяржаву:

а) праводзіць адміністрацыйныя меры, якія супярэчаць заканадаўству і адміністрацыйнай практыцы гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;

б) прадастаўляць інфармацыю, якую нельга атрымаць па заканадаўству або ў ходзе звычайнай адміністрацыйнай практыкі гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;

с) прадастаўляць інфармацыю, якая б раскрывала якую-небудзь гандлёвую, прадпрымальніцкую, прамысловую, камерцыйную або прафесіянальную тайну, або гандлёвы працэс, або інфармацыю, раскрыццё якой супярэчыла б дзяржаўнай палітыцы (грамадскім інтарэсам).

4. Калі інфармацыя запытваецца адной Дагаворнай Дзяржавай у адпаведнасці з дадзеным артыкулам, другая Дагаворная Дзяржава прымае ўстаноўленыя заканадаўствам ўласныя меры для атрымання інфармацыі, што запытваецца, нават калі гэтай другой Дагаворнай Дзяржаве можа не спатрэбіцца названая інфармацыя для ўласных падатковых мэт. Абавязацельства, змешчанае ў папярэднім сказе, падлягае абмежаванню пункта 3 дадзенага артыкула, але ні ў якім разе такія абмежаванні не будуць тлумачыцца як дазвол Дагаворнай Дзяржаве адмовіцца ад прадастаўлення інфармацыі толькі таму, што яна не зацікаўлена ў атрыманні такой інфармацыі.

5. Ні ў якім выпадку палажэнні пункта 3 дадзенага артыкула не будуць тлумачыцца як дазвол Дагаворнай Дзяржаве адмовіцца ад прадастаўлення інфармацыі толькі таму, што такой інфармацыяй валодае

3

банк, іншая фінансава-крэдытная ўстанова, упаўнаважаная асоба, прадстаўнік або давераная асоба, або таму, што інфармацыя адносіцца да права ўласнасці асобы.“.

Артыкул III

У дачыненні да артыкула 26 Пагаднення Дагаворныя Дзяржавы пагадзіліся аб наступным:

1. Кампетэнтны орган Дагаворнай Дзяржавы, якая запытвае інфармацыю, пры накіраванні кампетэнтнаму органу Дагаворнай Дзяржавы, у якой запытваецца інфармацыя, запыту аб прадастаўленні інфармацыі ў рамках дадзенага Пагаднення, каб прадэманстраваць адпаведнасць інфармацыі запыту, паведамляе наступныя звесткі:

a) ідэнтыфікацыйныя звесткі пра асобу, у дачыненні да якой праводзіцца праверка або расследаванне;

b) характар інфармацыі, што запытваецца, і форма, у якой Дагаворная Дзяржава, якая запытвае інфармацыю, жадае яе атрымаць ад Дагаворнай Дзяржавы, у якой запытваецца інфармацыя;

c) падатковая мэта, дзеля якой запытваецца інфармацыя;

d) падставы, якія дазваляюць меркаваць, што інфармацыя, якая запытваецца, знаходзіцца ў Дагаворнай Дзяржаве, у якой запытваецца інфармацыя, або што такой інфармацыяй валодае ці яе кантралюе асоба, якая знаходзіцца ў межах юрысдыкцыі Дагаворнай Дзяржавы, у якой запытваецца інфармацыя;

e) імя і адрас асоб, якія, як мяркуецца, валодаюць інфармацыяй, што запытваецца (калі вядома);

f) заява аб тым, што Дагаворная Дзяржава, якая запытвае інфармацыю, выкарыстала ўсе даступныя на сваёй тэрыторыі сродкі атрымання інфармацыі, за выключэннем тых, якія былі б спалучаны з несуразмернымі цяжкасцямі.

2. Разумеецца, што абмен інфармацыяй, які прадугледжаны артыкулам 26 Пагаднення, не ўключае спекулятыўныя запыты, якія не маюць відавочнай сувязі з адкрытай праверкай або расследаваннем.

3. Разумеецца, што пункт 5 артыкула 26 Пагаднення не патрабуе Дагаворныя Дзяржавы абменьвацца інфармацыяй на спантаннай або аўтаматычнай аснове.

Артыкул IV

Кожная з Дагаворных Дзяржаў паведамляе адна адной па дыпламатычных каналах аб заканчэнні ўнутрыдзяржаўных працэдур,

4

неабходных для ўступлення ў сілу дадзенага Пратакола. Дадзены Пратакол, які з'яўляецца неад'емнай часткай Пагаднення, уступае у сілу з першага дня трэцяга месяца, наступнага пасля даты атрымання апошняга такога паведамлення. Палажэнні дадзенага Пратакола прымяняюцца ў дачыненні да падатковых перыядаў, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзены Пратакол уступае ў сілу.

У сведчанне чаго паўнамоцныя прадстаўнікі дзвюх Дагаворных Дзяржаў, адпаведным чынам на тое ўпаўнаважаныя, падпісалі дадзены Пратакол.

Здзейснена ў двух экзэмплярах у Вена 24 лістапада 2014 года на беларускай, нямецкай і англійскай мовах, прычым усе тэксты маюць аднолькавую сілу. У выпадку разыходжання ў тлумачэнні перавагу мае тэкст на англійскай мове.

**За Урад
Рэспублікі Беларусь**

Sebastian Kurz

**За Урад
Аўстрыйскай Рэспублікі**

Vladimir Makei

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2002

Ausgegeben am 19. April 2002

Teil III

**69. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll
(NR: GP XXI RV 738 AB 917 S. 87. BR: AB 6553 S. 683.)**

69.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN

zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Belarus, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung von Vermögen, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

1. die Einkommensteuer;
2. die Körperschaftsteuer;
3. die Grundsteuer;
4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in Belarus:

1. die Steuer vom Einkommen und von Gewinnen juristischer Personen;
2. die Einkommensteuer natürlicher Personen;
3. die Steuer von unbeweglichem Vermögen und
4. die Grundsteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben

werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Republik Österreich oder die Republik Belarus;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich; bedeutet der Ausdruck „Belarus“ die Republik Belarus und, im geografischen Sinn verwendet, das Gebiet, über das die Republik Belarus nach belarussischem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Hoheitsrechte und Rechtsprechung ausübt;
 - c) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - d) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - e) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - f) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Schiff oder Luftfahrzeug, das von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen betrieben wird, es sei denn, das Schiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - g) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Belarus: das Staatliche Steuerkomitee der Republik Belarus oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - h) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.
- (2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

Ansässige Person

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Gründung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.
- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) wenn die Ansässigkeit nicht gemäß lit. a bis c bestimmt werden kann, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.
- (3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

Artikel 5

Betriebstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

Verbundene Unternehmen

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10 **Dividenden**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Anteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 **Zinsen**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, von der Besteuerung im erstgenannten Staat ausgenommen, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und:

- a) der Empfänger der Zinsen ein Vertragsstaat oder eine Gebietskörperschaft oder die Zentralbank (Nationalbank) eines Vertragsstaats ist; oder

- b) die Zinsen für ein Darlehen gezahlt werden, das von der Regierung des Vertragsstaats genehmigt wurde, in dem der Schuldner der Zinsen ansässig ist;
- c) die Zinsen für ein Darlehen oder einen Kredit gezahlt werden, die von öffentlichen Einrichtungen des anderen Vertragsstaats zur Förderung des Exportes gewährt, garantiert oder besichert werden, und die mit der Lieferung gewerblicher, kaufmännischer, medizinischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen zusammenhängen, die ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätigt.
- d) Der in lit. c verwendete Ausdruck „öffentliche Einrichtung“ umfasst auch die Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematografischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder Transportfahrzeuge oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seine Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder

nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Schiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Selbstständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

(3) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „feste Einrichtung“ feste Räumlichkeiten, wie ein Büro oder einen Raum, durch die die selbstständige Tätigkeit einer natürlichen Person ganz oder teilweise ausgeübt wird.

Artikel 15

Unselbstständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Schiffes oder Luftfahrzeuges ausgeübt wird, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

Artikel 18

Ruhegehälter

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus der gesetzlichen Sozialversicherung des anderen Vertragsstaats erhält, nur im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 19

Öffentlicher Dienst

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die dem österreichischen Handelsdelegierten in Belarus und den Mitgliedern der österreichischen Außenhandelsstelle in Belarus gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

Artikel 20

Studenten

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Schiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Belarus besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b, c, und d diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Belarus besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der in Belarus gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Belarus bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Dividenden im Sinne des Artikels 10 Absatz 2 lit. a, die von einer in Belarus ansässigen Gesellschaft an eine in Österreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, sind, vorbehaltlich der entsprechenden Bestimmungen des innerstaatlichen Rechts Österreichs, aber ungeachtet allfälliger nach diesem Recht abweichender Mindestbeteiligungserfordernisse, in Österreich von der Besteuerung ausgenommen.
- d) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach diesem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- e) Einkünfte, die eine in Österreich ansässige Person bezieht und die in Österreich als Einkünfte betrachtet werden, die auf Grund dieses Abkommens in Belarus zu besteuern sind, dürfen dessen ungeachtet in Österreich besteuert werden, wenn Belarus nach Durchführung eines Verständigungsverfahrens diese Einkünfte auf Grund dieses Abkommens nicht besteuert.

(2) In Belarus wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Belarus ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen, und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Belarus

- i) auf die vom Einkommen (von den Gewinnen) dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen (von den Gewinnen) entspricht;
- ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen (von den Gewinnen) oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte (die Gewinne), die in Österreich besteuert werden dürfen oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

Artikel 24

Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch von einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

Artikel 26

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27

Mitglieder diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

In-Kraft-Treten

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahren mit. Das Abkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die spätere dieser Mitteilungen erfolgt.

(2) Die Bestimmungen des Abkommens finden Anwendung:

- a) hinsichtlich der an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern vom Einkommen für Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;
- c) hinsichtlich der Vermögensteuern für Steuern von jenen Teilen des Vermögens, die am 1. Jänner des Jahres bestanden haben, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.

(3) Die Bestimmungen des am 10. April 1981 in Wien unterzeichneten Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens und des Vermögens *) sind in Bezug auf österreichische oder belarussische Steuern vom Einkommen oder vom Vermögen nicht mehr anzuwenden, für die dieses Abkommen nach Absatz 2 Anwendung findet.

Artikel 29

Kündigung

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- a) hinsichtlich der an der Quelle einbehaltenen Steuern für Einkünfte die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres bezogen werden, das dem Jahr der Kündigung folgt;
- b) hinsichtlich der übrigen Steuern vom Einkommen für Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Jahr der Kündigung folgt;
- c) hinsichtlich der Vermögensteuern für Steuern, die von jenen Teilen des Vermögens erhoben werden, die am 1. Jänner des Jahres bestanden haben, das dem Jahr der Kündigung folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Minsk, am 16. Mai 2001, in zwei Urschriften, jede in deutscher, belarussischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Cede

Für die Regierung der Republik Belarus:

Martynov

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 411/1982

Protokoll

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

1. Der im Abkommen verwendete Ausdruck „Gebietskörperschaft“ („political subdivision“) bezieht sich nur auf Österreich.

2. Zu Artikel 7:

Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ umfasst auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

3. Zu Artikel 22:

Es besteht Einvernehmen darüber, dass Betriebsvermögen, das nicht aus Grundstücken oder Gebäuden besteht und das zu einer unter Artikel 5, Absätze 3 und 4 fallenden gewerblichen Tätigkeit gehört, gemäß Artikel 22 Absatz 2 besteuert werden darf.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Minsk, am 16. Mai 2001, in zwei Urschriften, jede in deutscher, belarussischer und englischer Sprache, wobei alle Texte gleichermaßen authentisch sind. Im Zweifel geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Cede

Für die Regierung der Republik Belarus:

Martynov

ПАГАДНЕННЕ

паміж Урадам Аўстрыйскай Рэспублікі і Урадам Рэспублікі Беларусь аб пазбяганні дваінога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць

Урад Аўстрыйскай Рэспублікі і Урад Рэспублікі Беларусь, жадаючы заключыць Пагадненне аб пазбяганні дваінога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць, пагадзіліся аб наступным:

Артыкул 1

Асобы, да якіх прымяняецца Пагадненне

Дадзенае Пагадненне прымяняецца да асоб, якія з'яўляюцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

Артыкул 2

Падаткі, на якія распаўсюджваецца Пагадненне

1. Дадзенае Пагадненне прымяняецца да падаткаў на даходы і маёмасць, спаганяемых ад імя Дагаворнай Дзяржавы або яе палітыка-адміністрацыйных падраздзяленняў, або мясцовых органаў улады, незалежна ад спосабу іх спагнання.

2. Падаткамі на даходы і маёмасць лічацца ўсе падаткі, што спаганяюцца з агульнай сумы даходаў, з агульнай сумы маёмасці або з элементаў даходу або маёмасці, уключаючы падаткі на даходы ад адчужэння маёмасці, падаткі на агульную суму зароботнай платы, якая выплачваецца прадпрыемствамі, а таксама падаткі на прырост маёмасці.

3. Існуючымі падаткамі, на якія распаўсюджваецца Пагадненне, з'яўляюцца, ў прыватнасці:

а) у Аўстрыі:

1. падаходны падатак (die Einkommensteuer);

2. карпаратыўны падатак (die Körperschaftsteuer);

3. зямельны падатак (die Grundsteuer);

4. падатак з сельскагаспадарчых і лясных прадпрыемстваў (die Abgabe von land-und forstwirtschaftlichen Betrieben);

5. падатак ад кошту незабудаваных зямельных участкаў (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

b) у Беларусі:

1. падатак на даходы і прыбытак юрыдычных асоб;
2. падаходны падатак з грамадзян;
3. падатак на нерухомасць;
4. зямельны падатак.

4. Пагадненне распаўсюджваецца таксама на любыя ідэнтычныя або па сутнасці аналагічныя падаткі, якія спаганяюцца пасля даты падпісання дадзенага Пагаднення ў дапаўненне да існуючых падаткаў або замест іх. У канцы кожнага года кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў паведамляюць адзін аднаму аб любых істотных змяненнях, якія ўнесены ў іх падатковыя заканадаўствы.

Артыкул 3 Агульныя азначэнні

1. У дадзеным Пагадненні, калі з кантэксту не вынікае іншае:

a) тэрміны "адна Дагаворная Дзяржава" і "другая Дагаворная Дзяржава" абазначаюць, у залежнасці ад кантэксту, Аўстрыйскую Рэспубліку і Рэспубліку Беларусь;

b) тэрмін "Аўстрыя" абазначае Аўстрыйскую Рэспубліку; тэрмін "Беларусь" абазначае Рэспубліку Беларусь і пры выкарыстанні ў геаграфічным сэнсе абазначае тэрыторыю, што знаходзіцца пад суверэнітэтам Рэспублікі Беларусь і якая ў адпаведнасці з заканадаўствам Беларусі і міжнародным правам знаходзіцца пад юрысдыкцыяй Рэспублікі Беларусь;

c) тэрмін "асоба" уключае фізічную асобу, кампанію і любое іншае аб'яднанне асоб;

d) тэрмін "кампанія" абазначае любую юрыдычную асобу або любую арганізацыю, якая разглядаецца ў якасці юрыдычнай асобы для падатковых мэт;

e) тэрміны "прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы" і "прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы" абазначаюць адпаведна прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, і прадпрыемства, якім кіруе рэзідэнт другой Дагаворнай Дзяржавы;

f) тэрмін "міжнародная перавозка" абазначае любую перавозку марскім, рачным, або паветраным суднам, што эксплуатаецца прадпрыемствам, якое з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, за выключэннем выпадкаў, калі марское, рачное або паветранае судна эксплуатаецца выключна паміж пунктамі ў другой Дагаворнай Дзяржаве;

g) тэрмін "кампетэнтны орган" абазначае:

(i) у Аўстрыі: Федэральнага Міністра фінансаў або яго паўнамоцнага прадстаўніка;

(ii) у Беларусі: Дзяржаўны падатковы камітэт Рэспублікі Беларусь або яго паўнамоцнага прадстаўніка;

(h) тэрмін "грамадзянін" абазначае:

(i) любую фізічную асобу, якая мае грамадзянства адной Дагаворнай Дзяржавы;

(ii) любую юрыдычную асобу, таварыства або асацыяцыю, якія атрымліваюць свой статус як такі па заканадаўству, што дзейнічае ў Дагаворнай Дзяржаве.

2. Што датычыцца прымянення дадзенага Пагаднення Дагаворнай Дзяржавы, то любы тэрмін, не вызначаны ў ім, мае, калі з кантэксту не вынікае іншае, тое значэнне, якое ён мае па заканадаўству гэтай Дзяржавы ў адносінах да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне.

Артыкул 4 Рэзідэнт

1. Пры прымяненні дадзенага Пагаднення тэрмін "рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы" абазначае асобу, якая па заканадаўству гэтай Дзяржавы падлягае падаткаабкладанню ў ёй на падставе месцажыхарства, пастаяннага месцазнаходжання, месца кіравання, месца рэгістрацыі або любой іншай аналагічнай прыкметы. Аднак, гэты тэрмін не ўключае асобу, якая падлягае падаткаабкладанню ў гэтай Дзяржаве толькі ў дачыненні да даходаў з крыніц у гэтай Дзяржаве або маёмасці, якая ў ёй знаходзіцца.

2. Калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, яе становішча вызначаецца наступным чынам:

а) яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае пастаяннае жыллё; калі яна мае пастаяннае жыллё ў абедзвюх Дзяржавах, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна мае больш цесных асабістых і эканамічных сувязі (цэнтр жыццёвых інтарэсаў);

б) калі Дзяржава, у якой знаходзіцца цэнтр яе жыццёвых інтарэсаў, не можа быць вызначана, або калі яна не мае пастаяннага жылля ні ў адной з Дзяржаў, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, у якой яна звычайна пражывае;

с) калі яна звычайна пражывае ў абедзвюх Дагаворных Дзяржавах, або калі яна звычайна не пражывае ні ў адной з іх, яна лічыцца рэзідэнтам той Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца;

d) калі статус рэзідэнта не можа быць вызначаны ў адпаведнасці з падпунктамі а) - с), кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў імкнуцца вырашаць пытанне па ўзаемнай згодзе.

3. Калі ў адпаведнасці з палажэннямі пункта 1 асоба, якая не з'яўляецца фізічнай асобай, з'яўляецца рэзідэнтам абедзвюх Дагаворных Дзяржаў, тады кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў вырашаюць пытанне па ўзаемнай згодзе.

Артыкул 5 **Пастаяннае прадстаўніцтва**

1. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін "пастаяннае прадстаўніцтва" абазначае пастаяннае месца дзейнасці, праз якое поўнаасцю або часткова ажыццяўляецца камерцыйная дзейнасць прадпрыемства.

2. Тэрмін "пастаяннае прадстаўніцтва" уключае, ў прыватнасці:

- a) месца кіравання;
- b) аддзяленне;
- c) кантору;
- d) фабрыку;
- e) майстэрню, і

f) руднік, нафтавую або газавую свідравіну, кар'ер або любое іншае месца здабычы прыродных рэсурсаў.

3. Будаўнічая пляцоўка або будаўнічы, або зборачны аб'ект з'яўляецца пастаянным прадстаўніцтвам, толькі калі яны існуюць больш дванаццаці месяцаў.

4. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, тэрмін "пастаяннае прадстаўніцтва" не разглядаецца як той, які ўключае:

- a) выкарыстанне збудаванняў выключна для мэт захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству;
- b) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, выключна ў мэтах захоўвання, дэманстрацыі або пастаўкі;
- c) утрыманне запасаў тавараў або вырабаў, якія належаць прадпрыемству, выключна для мэт перапрацоўкі другім прадпрыемствам;
- d) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт закупкі тавараў або вырабаў, або для збору інфармацыі для прадпрыемства;
- e) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для мэт ажыццяўлення для прадпрыемства любой іншай дзейнасці падрыхтоўчага або дапаможнага характару;

f) утрыманне пастаяннага месца дзейнасці выключна для любога спалучэння відаў дзейнасці, названых у падпунктах "а"- "е", пры ўмове, што

такая дзейнасць у цэлым пастаяннага месца дзейнасці, якая вынікае з гэтага спалучэння, мае падрыхтоўчы або дапаможны характар.

5. Нягледзячы на палажэнні пунктаў 1 і 2, калі асоба - іншая чым агент з незалежным статусам, да якой прымяняецца пункт 6, дзейнічае ад імя прадпрыемства і мае, і звычайна выкарыстоўвае ў Дагаворнай Дзяржаве паўнамоцтвы заключаць кантракты ад імя прадпрыемства, то лічыцца, што гэта прадпрыемства мае пастаяннае прадстаўніцтва ў гэтай Дзяржаве ў дачыненні да любой дзейнасці, якую гэта асоба ажыццяўляе для прадпрыемства, калі дзейнасць такой асобы не абмежавана той, якая прадстаўлена ў пункце 4, і якая, калі яна ажыццяўляецца праз пастаяннае месца дзейнасці, неробіць гэта пастаяннае месца дзейнасці пастаянным прадстаўніцтвам згодна палажэнням гэтага пункта.

6. Прадпрыемства не разглядаецца як тое, якое мае пастаяннае прадстаўніцтва ў Дагаворнай Дзяржаве толькі на той падставе, што яно ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у гэтай Дзяржаве праз брокера, камісіянера або любога іншага агента з незалежным статусам пры ўмове, што гэтыя асобы дзейнічаюць у рамках сваёй звычайнай прафесіянальнай дзейнасці.

7. Той факт, што кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, кантралюе або кантралюецца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, або якая ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у гэтай другой Дагаворнай Дзяржаве (праз пастаяннае прадстаўніцтва або іншым чынам), сам па сабе не пераўтварае адну з гэтых кампаній у пастаяннае прадстаўніцтва другой.

Артыкул 6 **Даходы ад нерухомай маёмасці**

1. Даходы, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад нерухомай маёмасці (уключаючы даход ад сельскай або лясной гаспадаркі), што знаходзіцца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Тэрмін "нерухомая маёмасць" мае тое значэнне, якое ён мае па заканадаўству Дагаворнай Дзяржавы, у якой знаходзіцца гэта маёмасць. Марскія, рачныя і паветраныя судны не разглядаюцца ў якасці нерухомай маёмасці.

3. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца да даходаў, якія атрымліваюцца ад прамога выкарыстання, здачы ўнаём або выкарыстання нерухомай маёмасці ў любой іншай форме.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 3 прымяняюцца таксама да даходаў ад нерухомай маёмасці прадпрыемства і да даходаў ад нерухомай маёмасці, якая выкарыстоўваецца для ажыццяўлення незалежных асабістых паслуг.

Артыкул 7 **Прыбытак ад камерцыйнай дзейнасці**

1. Прыбытак прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі гэта прадпрыемства не ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз размешчанае там пастаяннае прадстаўніцтва. Калі прадпрыемства ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць, як зазначана вышэй, прыбытак дадзенага прадпрыемства можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі ў той частцы, якая адносіцца да гэтага пастаяннага прадстаўніцтва.

2. З улікам палажэнняў пункта 3, калі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз пастаяннае прадстаўніцтва, якое там знаходзіцца, то ў кожнай Дагаворнай Дзяржаве гэтаму пастаяннаму прадстаўніцтву залічваецца прыбытак, які яно магло б атрымаць у выпадку, калі б яно было адасобленым і асобным прадпрыемствам, што ажыццяўляе такую ж або аналагічную дзейнасць у такіх жа або аналагічных умовах і дзейнічае цалкам незалежна ад прадпрыемства, пастаянным прадстаўніцтвам якога яно з'яўляецца.

3. Пры вызначэнні прыбытку пастаяннага прадстаўніцтва дапускаецца вылічэнне расходаў, панесеных для мэт такога пастаяннага прадстаўніцтва, уключаючы кіраўніцкія і агульнаадміністрацыйныя расходы, панесеныя як у Дзяржаве, дзе размешчана пастаяннае прадстаўніцтва, так і за яе межамі.

4. Паколькі вызначэнне прыбытку ў Дагаворнай Дзяржаве, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, на аснове прапарцыянальнага размеркавання агульнай сумы прыбытку прадпрыемства яго розным падраздзяленням з'яўляецца звычайнай практыкай, нішто ў пункце 2 не перашкаджае гэтай Дагаворнай Дзяржаве вызначаць падаткаабкладаемы прыбытак з дапамогай такога размеркавання, як прынята на практыцы; аднак, выбраны метады размеркавання павінен даваць вынікі, якія адпавядаюць прынцыпам, змешчаным у гэтым артыкуле.

5. Ніякі прыбытак не адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва на падставе простагай закупкі гэтым пастаянным прадстаўніцтвам тавараў або вырабаў для прадпрыемства.

6. Для мэт папярэдніх пунктаў прыбытак, які адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва, вызначаецца кожны год адным і тым жа метадам, калі толькі не будзе дастатковай і важкай прычыны для яго змянення.

7. Калі прыбытак уключае віды даходаў, якія разглядаюцца асобна ў іншых артыкулах дадзенага Пагаднення, палажэнні гэтых артыкулаў не закранаюцца палажэннямі дадзенага артыкула.

Артыкул 8 **Марскі транспарт, рачны транспарт** **і паветраны транспарт**

1. Прыбытак прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы ад эксплуатацыі марскіх, рачных або паветраных суднаў у міжнародных перавозках абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Палажэнні пункта 1 прымяняюцца таксама да прыбытку ад удзелу ў пуле, у сумеснай дзейнасці або міжнароднай арганізацыі па эксплуатацыі транспартных сродкаў.

Артыкул 9 **Асацыяваныя прадпрыемствы**

1. У выпадку, калі:

а) прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы прама або ўскосна ўдзельнічае ў кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы, або

б) адны і тыя ж асобы прама або ўскосна ўдзельнічаюць у кіраванні, кантролі або капітале прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы і прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы,

і ў кожным выпадку паміж двума прадпрыемствамі ў іх камерцыйных або фінансавых узаемаадносінах ствараюцца або ўстанаўліваюцца ўмовы, што адрозніваюцца ад тых, што мелі б месца паміж двума незалежнымі прадпрыемствамі, тады любы прыбытак, якімог бы быць налічаны аднаму з іх, але з-за наяўнасці гэтых умоўне быў яму налічаны, можа быць уключаны ў прыбытак гэтага прадпрыемства і, адпаведна, абкладзены падаткам.

2. У выпадку, калі адна Дагаворная Дзяржава ўключае ў прыбытак прадпрыемства гэтай Дзяржавы - і, адпаведна, абкладае падаткам - прыбытак, па якому прадпрыемства другой Дагаворнай Дзяржавы абкладаецца падаткам у гэтай другой Дзяржаве, і прыбытак, такім чынам уключаны, з'яўляецца прыбыткам, які быў бы налічаны прадпрыемству першай названай Дзяржавы, калі б умовы ўзаемаадносін паміж двума прадпрыемствамі былі б умовамі, якія існуюць паміж незалежнымі прадпрыемствамі, тады гэта другая Дзяржава робіць адпаведную ўступку ў суме падатку, спаганяемага з гэтага

прыбытку. Пры вызначэнні такой папраўкі павінны быць разгледжаны іншыя палажэнні дадзенага Пагаднення, а кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў пракансультуюцца адзін з адным пры неабходнасці.

Артыкул 10 Дывідэнды

1. Дывідэнды, што выплачваюцца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія дывідэнды могуць таксама абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, якая выплачвае дывідэнды, у адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам дывідэндаў, спаганяемы падатак не перавышае:

а) 5 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў, калі сапраўдным уладальнікам з'яўляецца кампанія (іншая чым таварыства), якая непасрэдна валодае не менш чым 25 працэнтамі капіталу кампаніі, якая выплачвае дывідэнды;

б) 15 працэнтаў валавой сумы дывідэндаў ва ўсіх іншых выпадках.

Гэты пункт не закранае падаткаабкладання кампаніі ў дачыненні да прыбытку, з якога выплачваюцца дывідэнды.

3. Тэрмін "дывідэнды" пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад акцый або іншых правоў, якія не з'яўляюцца даўгавымі патрабаваннямі, што даюць права на ўдзел ў прыбытку, а таксама даход ад іншых правоў, які падлягае такому ж падатковаму рэгуляванню, як даход ад акцый, у адпаведнасці з заканадаўствам той Дзяржавы, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што ажыццяўляе размеркаванне.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік дывідэндаў, як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца кампанія, што выплачвае дывідэнды, праз пастаяннае прадстаўніцтва, што знаходзіцца ў ёй, або ажыццяўляе ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая знаходзіцца там, і холдынг, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14 у залежнасці ад абставін.

5. У выпадку, калі кампанія, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, атрымлівае прыбытак або даходы з другой Дагаворнай Дзяржавы, гэта другая Дзяржава можа поўнасю вызваліць ад падаткаў дывідэнды, якія выплачваюцца гэтай кампаніяй, за выключэннем, калі гэтыя дывідэнды

выплачваюцца рэзідэнту гэтай другой Дзяржавы або калі холдынг, у дачыненні да якога выплачваюцца дывідэнды, сапраўды адносіцца да пастаяннага прадстаўніцтва або пастаяннай базы, што знаходзяцца ў гэтай другой Дзяржаве, і з неразмеркаванага прыбытку кампаніі не спаганяюцца падаткі на неразмеркаваны прыбытак, нават калі выплачваемыя дывідэнды або неразмеркаваны прыбытак складаюцца поўнасьцю або часткова з прыбытку або даходу, якія ўзнікаюць у такой другой Дзяржаве.

Артыкул 11 Працэнты

1. Працэнты, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія працэнты могуць таксама абкладацца падаткамі ў той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў, спаганяемы падатак не перавышае 5 працэнтаў валавой сумы працэнтаў. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў па ўзаемнай згодзе вызначаюць спосаб прымянення гэтага абмежавання.

3. Нягледзячы на палажэнні пункта 2, працэнты, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, вызваляюцца ад падатку ў першай названай Дзяржаве, калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам працэнтаў і:

a) атрымальнікам працэнтаў з'яўляецца сама Дагаворная Дзяржава, або яе мясцовы орган улады, або Цэнтральны (Нацыянальны) Банк Дагаворнай Дзяржавы; або

b) працэнты выплачваюцца за пазыку, адобранную Урадам Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнтам якой з'яўляецца плацельшчык працэнтаў; або

c) працэнты выплачваюцца за пазыку або крэдыт, які дадзены, гарантаваны або застрахованы дзяржаўнымі арганізацыямі другой Дагаворнай Дзяржавы, з мэтай садзейнічання экспарту і звязаны з пастаўкай прадпрыемствам другой Дагаворнай Дзяржавы прамысловага, гандлёвага, медыцынскага або навуковага абсталявання.

d) тэрмін "дзяржаўная арганізацыя", аб якім гаворыцца ў падпункце c), уключае Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft.

4. Тэрмін "працэнты" пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае даход ад даўгавых патрабаванняў любога віду, без залежнасці ад іпатэчнага забеспячэння і без залежнасці ад валодання правам на ўдзел у прыбытках даўжніка, і, у прыватнасці, даход ад урадавых каштоўных папер і даход ад аблігацый або даўгавых абавязацельстваў, уключаючы прэміі і выйгрышы па гэтых каштоўных паперах, аблігацых або даўгавых абавязацельствах. Для мэт

гэтага артыкула штрафы за несвоечасовыя плацяжы не разглядаюцца ў якасці працэнтаў.

5. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік працэнтаў, як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой узнікаюць працэнты, праз размешчанае ў ёй пастаяннае прадстаўніцтва, або ажыццяўляе ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, якая знаходзіцца там, і даўгавое патрабаванне, на падставе якога выплачваюцца працэнты, сапраўды адносіцца да такога пастаяннага прадстаўніцтва або да пастаяннай базы. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14 у залежнасці ад абставін.

6. Лічыцца, што працэнты ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама гэта Дзяржава, яе мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае працэнты, незалежна ад таго, ці з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржавы ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла запазычанасць, па якой выплачваюцца працэнты, і расходы па выплаце гэтых працэнтаў нясе гэта пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, то лічыцца, што такія працэнты ўзнікаюць у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

7. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў, або паміж імі абодвума і трэцяй асобай сума працэнтаў, што адносіцца да даўгавога патрабавання, у сувязі з якім яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам працэнтаў, пры адсутнасці такіх адносін, то палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку залішняя частка плацяжоў па-ранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Артыкул 12 Роялці

1. Роялці, якія ўзнікаюць у адной Дагаворнай Дзяржаве і выплачваюцца рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Аднак, такія роялці могуць таксама абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой яны ўзнікаюць і ў адпаведнасці з заканадаўствам гэтай Дзяржавы, але калі атрымальнік з'яўляецца сапраўдным уладальнікам роялці, спаганяемы падатак не перавышае 5 працэнтаў валавой сумы роялці.

3. Тэрмін "роялці" пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле абазначае плацяжы любога віду, што атрыманы ў якасці ўзнагароджання за выкарыстанне або за

прадастаўленне права выкарыстання любога аўтарскага права на творы літаратуры, мастацтва або навукі, уключаючы кінафільмы, любога патэнта, гандлёвай маркі, дызайна або мадэлі, плана, сакрэтнай формулы або працэсу, ці за выкарыстанне або за прадастаўленне права выкарыстання любога прамысловага, камерцыйнага або навуковага абсталявання, або транспартных сродкаў, або за інфармацыю, адносна прамысловага, камерцыйнага або навуковага вопыту.

4. Палажэнні пунктаў 1 і 2 не прымяняюцца, калі сапраўдны ўладальнік роялці, як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве, у якой узнікаюць роялці, праз размешчанае ў ёй пастаяннае прадстаўніцтва або выконвае ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі з пастаяннай базы, што там знаходзіцца, і права або маюцца, у дачыненні да якіх выплачваюцца роялці, сапраўды звязаны з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або 14, у залежнасці ад абставін.

5. Лічыцца, што роялці ўзнікаюць у Дагаворнай Дзяржаве, калі плацельшчыкам з'яўляецца сама Дагаворная Дзяржава, яе мясцовы орган улады або рэзідэнт гэтай Дзяржавы. Калі, аднак, асоба, якая выплачвае роялці, незалежна ад таго, ці з'яўляецца яна рэзідэнтам Дагаворнай Дзяржаве ці не, мае ў Дагаворнай Дзяржаве пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянную базу, у сувязі з якімі ўзнікла абавязацельства выплачваць роялці, і такія роялці выплачваюцца гэтым пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай, тады лічыцца, што роялці ўзнікаюць у той Дзяржаве, у якой знаходзіцца пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база.

6. Калі па прычыне асаблівых адносін паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці, або паміж імі абодвума і якой-небудзь трэцяй асобай, сума роялці, якая адносіцца да выкарыстання, права або інфармацыі, на падставе якіх яны выплачваюцца, перавышае суму, якая была б узгоднена паміж плацельшчыкам і сапраўдным уладальнікам роялці пры адсутнасці такіх адносін, палажэнні гэтага артыкула прымяняюцца толькі да апошняй названай сумы. У такім выпадку залішняя частка плацяжу паранейшаму падлягае падаткаабкладанню ў адпаведнасці з заканадаўствам кожнай Дагаворнай Дзяржавы, з належным улікам іншых палажэнняў дадзенага Пагаднення.

Артыкул 13

Даходы ад адчужэння маёмасці

1. Даходы, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ад адчужэння нерухомай маёмасці, аб якой гаворыцца ў артыкуле 6, і якая

размешчана у другой Дагаворнай Дзяржаве, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

2. Даходы ад адчужэння маёмасці, іншай чым нерухомая маёмасць, і якая складае частку камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, або маёмасці, іншай чым нерухомая маёмасць, што адносіцца да пастаяннай базы, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве для прадастаўлення незалежных асабістых паслуг, уключаючы даходы ад адчужэння такога пастаяннага прадстаўніцтва (асобна або ў сукупнасці з цэлым прадпрыемствам) або такой пастаяннай базы, могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Даходы, якія атрымлівае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы ад адчужэння марскіх, рачных або паветраных суднаў, што эксплуатауюцца ў міжнародных перавозках, або маёмасці, іншай чым нерухомая маёмасць, звязанай з эксплуатацыяй такіх марскіх, рачных або паветраных суднаў, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

4. Даходы ад адчужэння любой маёмасці, акрамя пералічанай у пунктах 1, 2 і 3, абкладаюцца падаткам толькі ў той Дагаворнай Дзяржаве, рэзідэнтам якой з'яўляецца асоба, якая адчужае маёмасць.

Артыкул 14 **Незалежныя асабістыя паслугі**

1. Даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да прафесіянальных паслуг або іншай дзейнасці незалежнага характару, абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, за выключэннем выпадкаў, калі ён мае рэгулярна даступную пастаянную базу ў другой Дагаворнай Дзяржаве для ажыццяўлення гэтай дзейнасці. Калі ён мае такую пастаянную базу, даход можа абкладацца падаткам у другой Дзяржаве, але толькі ў той частцы, якая адносіцца да гэтай пастаяннай базы.

2. Тэрмін "прафесіянальныя паслугі" уключае, у прыватнасці, незалежную навуковую, літаратурную, артыстычную, адукацыйную або выкладчыцкую дзейнасць, таксама як і незалежную дзейнасць урачоў, адвакатаў, інжынераў, архітэктараў, зубных урачоў і бухгалтараў.

3. Для мэт дадзенага Пагаднення тэрмін "пастаянная база" абазначае пастаяннае месца, такое як кабінет або офіс, праз якое поўнасю або часткова ажыццяўляецца дзейнасць фізічнай асобы, якая аказвае незалежныя асабістыя паслугі.

Артыкул 15

Залежныя асабістыя паслугі

1. З улікам палажэнняў артыкулаў 16, 18 і 19 заработная плата і іншыя падобныя ўзнагароджанні, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве, калі толькі работа па найму не ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве. Калі работа на найму ажыццяўляецца такім чынам, атрыманыя ў сувязі з гэтым узнагароджанні могуць абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, узнагароджанні, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца ў другой Дагаворнай Дзяржаве, абкладаюцца падаткам толькі ў першай названай Дзяржаве, калі:

а) атрымальнік знаходзіцца ў другой Дзяржаве на працягу перыяду або перыядаў, якія не перавышаюць у сукупнасці 183 дні ў любым дванаццацімесячным перыядзе; і

б) узнагароджанні выплачваюцца наймальнікам або ад імя наймальніка, які не з'яўляецца рэзідэнтам другой Дзяржавы; і

с) расходы па выплаце ўзнагароджанняў не нясе пастаяннае прадстаўніцтва або пастаянная база, якія наймальнік мае ў другой Дзяржаве.

3. Нягледзячы на папярэднія палажэнні гэтага артыкула, узнагароджанні, якія атрымліваюцца ў дачыненні да работы па найму, што ажыццяўляецца на борце марскога, рачнога або паветранага судна, якія эксплуатаюцца ў міжнародных перавозках прадпрыемствам адной Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткам у гэтай Дзяржаве.

Артыкул 16

Ганарары дырэктараў

Ганарары дырэктараў і іншыя падобныя выплаты, якія атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці члена савета дырэктараў кампаніі, якая з'яўляецца рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы, могуць абкладацца падаткамі ў гэтай другой Дзяржаве.

Артыкул 17

Работнікі мастацтва і спартсмены

1. Нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7, 14 і 15, даход, які атрымлівае рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы ў якасці работніка мастацтваў, такога як артыст тэатра, кіно, радыё або тэлебачання, або музыканта, або ў якасці

спартсмена ад яго асабістай дзейнасці як такой, ажыццяўляемай у другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. У выпадку, калі даход у дачыненні да асабістай дзейнасці, што ажыццяўляецца работнікам мастацтваў або спартсменам у такой яго якасці, налічваецца не самому работніку мастацтваў або спартсмену, а другой асобе, гэты даход, нягледзячы на палажэнні артыкулаў 7, 14 і 15, можа абкладацца падаткам у той Дагаворнай Дзяржаве, у якой ажыццяўляецца дзейнасць работніка мастацтваў або спартсмена.

Артыкул 18 **Пенсіі**

1. У адпаведнасці з палажэннямі пункта 2 артыкула 19 пенсіі і іншыя падобныя ўзнагароджанні, якія выплачваюцца рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў сувязі з работай па найму ў мінулым, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Нягледзячы на палажэнні пункта 1, выплаты, што атрымлівае фізічная асоба, якая з'яўляецца рэзідэнтам адной Дагаворнай Дзяржавы, па сацыяльнаму забеспячэнню, якое ўстаноўлена законам другой Дагаворнай Дзяржавы, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай другой Дзяржаве.

Артыкул 19 **Дзяржаўная служба**

1. а) Заработная плата і другое падобнае ўзнагароджанне, іншае чым пенсія, якія выплачваюцца Дагаворнай Дзяржавай або яе палітыка-адміністрацыйным падраздзяленнем, або мясцовым органам улады фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, якія аказваюцца гэтай Дзяржаве, падраздзяленню або органу ўлады, абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

б) Аднак, такая заработная плата і іншае падобнае ўзнагароджанне абкладаюцца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі паслугі аказваюцца ў гэтай Дзяржаве і фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам гэтай Дзяржавы, якая:

1. з'яўляецца грамадзянінам гэтай Дзяржавы, або

2. не стала рэзідэнтам гэтай Дзяржавы толькі з мэтай аказання паслуг.

2. а) Любая пенсія, выплачваемая Дагаворнай Дзяржавай, або яе палітыка-адміністрацыйным падраздзяленнем, або мясцовым органам улады або з фондаў, створаных імі, фізічнай асобе ў дачыненні да паслуг, што аказаны гэтай Дзяржаве, падраздзяленню або органу ўлады, абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

б) Аднак, такая пенсія абкладаецца падаткам толькі ў другой Дагаворнай Дзяржаве, калі фізічная асоба з'яўляецца рэзідэнтам і грамадзянінам гэтай Дзяржавы.

3. Палажэнні пункта 1 гэтага артыкула прымяняюцца такім жа чынам у дачыненні да ўзнагароджання, што выплачваецца аўстрыйскаму гандлёваму прадстаўніку ў Беларусі і супрацоўнікам аўстрыйскага гандлёвага прадстаўніка ў Беларусі.

4. Палажэнні артыкулаў 15, 16, 17 і 18 прымяняюцца да заробтнай платы і іншага падобнага ўзнагароджання і да пенсій у дачыненні да паслуг, аказваемых у сувязі з камерцыйнай дзейнасцю, што ажыццяўляецца Дагаворнай Дзяржавай, або яе палітыка-адміністрацыйным падраздзяленнем, або мясцовым органам улады.

Артыкул 20 **Студэнты**

Выплаты, што атрымлівае студэнт або навучэнец, які з'яўляецца або з'яўляўся непасрэдна да прыезду ў адну Дагаворную Дзяржаву рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы і які знаходзіцца ў першай названай Дзяржаве выключна для мэт атрымання адукацыі або праходжання практыкі, вызваляюцца ад падаткаў у гэтай Дзяржаве, пры ўмове, што такія выплаты атрыманы з крыніц за межамі гэтай Дзяржавы для мэт яго ўтрымання, навучання або практыкі.

Артыкул 21 **Іншыя даходы**

1. Віды даходаў рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы, незалежна ад месца іх узнікнення, не названыя ў папярэдніх артыкулах дадзенага Пагаднення, падлягаюць падаткаабкладанню толькі ў гэтай Дзяржаве.

2. Палажэнні пункта 1 не прымяняюцца да даходаў, іншых чым даход ад нерухомай маёмасці, вызначанай у пункце 2 артыкула 6, калі атрымальнік такіх даходаў, як рэзідэнт адной Дагаворнай Дзяржавы, ажыццяўляе камерцыйную дзейнасць у другой Дагаворнай Дзяржаве праз размешчанае там пастаяннае прадстаўніцтва або прадастаўляе ў гэтай другой Дзяржаве незалежныя асабістыя паслугі праз пастаянную базу, якая там знаходзіцца, і права або маёмасць, у адносінах да якіх выплачваецца даход, сапраўды звязана з такім пастаянным прадстаўніцтвам або пастаяннай базай. У такім выпадку прымяняюцца палажэнні артыкула 7 або артыкула 14, у залежнасці ад абставін.

Артыкул 22

Маёмасць

1. Маёмасць, прадстаўленая нерухомай маёмасцю, аб якой гаворыцца ў артыкуле 6, што з'яўляецца ўласнасцю рэзідэнта адной Дагаворнай Дзяржавы, і размешчана ў другой Дагаворнай Дзяржаве, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

2. Маёмасць, прадстаўленая маёмасцю, іншай чым нерухомая маёмасць, якая з'яўляецца часткай камерцыйнай маёмасці пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве або прадстаўленая маёмасцю, іншай чым нерухомая маёмасць, што звязана з пастаяннай базай, даступнай рэзідэнту адной Дагаворнай Дзяржавы ў другой Дагаворнай Дзяржаве з мэтай прадастаўлення незалежных асабістых паслуг, можа абкладацца падаткам у гэтай другой Дзяржаве.

3. Маёмасць, прадстаўленая марскімі, рачнымі і паветранымі суднамі, што эксплуатаюцца ў міжнародных перавозках прадпрыемствам адной Дагаворнай Дзяржавы і маёмасцю, іншай чым нерухомая маёмасць, што звязана з эксплуатацыяй такіх марскіх, рачных і паветраных суднаў, абкладаецца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

4. Усе іншыя часткі маёмасці рэзідэнта Дагаворнай Дзяржавы абкладаюцца падаткам толькі ў гэтай Дзяржаве.

Артыкул 23

Устараненне дваінога падаткаабкладання

1. У выпадку Аўстрыі дваіное падаткаабкладанне прадухіляецца наступным чынам:

а) Калі рэзідэнт Аўстрыі атрымлівае даход або валодае маёмасцю, якая ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення можа абкладацца падаткам у Беларусі, Аўстрыя згодна палажэнням падпунктаў b), c) і d) вызваляе ад падатку такі даход або маёмасць.

b) Калі рэзідэнт Аўстрыі атрымлівае віды даходаў, якія ў адпаведнасці з палажэннямі артыкулаў 10, 11 і 12 могуць абкладацца падаткам у Беларусі, Аўстрыя дазваляе ў якасці вылічэння з падатку на даход гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку, які аплачаны ў Беларусі. Аднак такое вылічэнне не павінна перавышаць тую частку падатку, як было падлічана да прадастаўлення вылічэння, якая адносіцца да відаў даходу, што атрымліваюцца ў Беларусі.

c) Дывідэнды згодна пункта 2 падпункт a) артыкула 10, што выплачваюцца кампаніяй, якая з'яўляецца рэзідэнтам Беларусі, кампаніі, якая з'яўляецца рэзідэнтам Аўстрыі, вызваляюцца ад падатку Аўстрыі згодна адпаведным палажэнням нацыянальнага заканадаўства Аўстрыі і незалежна ад любых адхіленняў ад патрабаванняў мінімальнага холдынгу.

d) Калі ў адпаведнасці з любым палажэннем дадзенага Пагаднення атрымліваемы даход або маёмасць, якія з'яўляюцца ўласнасцю рэзідэнта Аўстрыі, вызвалены ад падатку Аўстрыі, Аўстрыя можа тым не менш пры падліку сумы падатку на астатнюю частку даходу або маёмасці такога рэзідэнта прыняць да ўвагі вызвалены даход або маёмасць.

e) Даход, што атрымлівае рэзідэнт Аўстрыі, які разглядаецца Аўстрыяй як той, што падлягае падаткаабкладанню па гэтаму Пагадненню ў Беларусі, можа тым не менш абкладацца падаткам у Аўстрыі, калі пасля правядзення працэдуры ўзаемнага пагаднення Беларусь вызваляе гэты даход ад падатку на падставе дадзенага Пагаднення.

2. У выпадку Беларусі двойное падаткаабкладанне прадухіляецца наступным чынам:

Калі рэзідэнт Беларусі атрымлівае даход, або валодае маёмасцю, якая ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення можа абкладацца падаткам у Аўстрыі, тады Беларусь дазваляе:

i) ў якасці вылічэння з падатку на даход (прыбытак) гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на даход (прыбытак), які аплачаны ў Аўстрыі;

ii) у якасці вылічэння з падатку на маёмасць гэтага рэзідэнта суму, роўную падатку на маёмасць, які аплачаны ў Аўстрыі.

Аднак, такое вылічэнне ў любым выпадку не перавышае тую частку падатку з даходу (прыбытку) або падатку на маёмасць, як было падлічана да прадастаўлення вылічэння, якая адносіцца да даходу або маёмасці, якія могуць абкладацца падаткам у Аўстрыі, у залежнасці ад абставін.

Артыкул 24 **Недыскрымінацыя**

1. Грамадзяне адной Дагаворнай Дзяржавы не падлягаюць у другой Дагаворнай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падлягаюць або могуць падлягаць грамадзяне гэтай другой Дзяржавы пры тых жа абставінах, у прыватнасці, у дачыненні да пастаяннага месцазнаходжання. Гэта палажэнне таксама прымяняецца, незалежна ад палажэнняў артыкула 1, да асоб, якія не з'яўляюцца рэзідэнтамі адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў.

2. Асобы без грамадзянства, якія з'яўляюцца рэзідэнтамі адной Дагаворнай Дзяржавы, не падлягаюць ні ў якой з Дагаворных Дзяржаў любому падаткаабкладанню або любому звязанаму з ім патрабаванню, іншаму або больш цяжкаму, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца грамадзяне гэтай Дзяржавы пры тых жа абставінах.

3. Падаткаабкладанне пастаяннага прадстаўніцтва, якое прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы мае ў другой Дагаворнай Дзяржаве, не павінна быць менш спрыяльным у гэтай другой Дзяржаве, чым падаткаабкладанне прадпрыемстваў гэтай другой Дзяржавы, якія ажыццяўляюць падобную дзейнасць. Гэта палажэнне не павінна тлумачыцца як тое, якое абавязвае адну Дагаворную Дзяржаву прадастаўляць рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы якія-небудзь асабістыя льготы, вызваленні і скідкі ў падаткаабкладанні на аснове іх грамадзянскага статусу або сямейных абавязацельстваў, якія яна прадастаўляе сваім уласным рэзідэнтам.

4. За выключэннем выпадкаў, калі прымяняюцца палажэнні пункта 1 артыкула 9, пункта 7 артыкула 11 або пункта 6 артыкула 12, працэнты, роялці і іншыя выплаты, якія выконвае прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы, падлягаюць, у мэтах вызначэння падаткаабкладаемага прыбытку такога прадпрыемства, вылічэнням на тых жа ўмовах, як калі б яны былі выплачаны рэзідэнту першай названай Дзяржавы. Падобным чынам любыя даўгі прадпрыемства адной Дагаворнай Дзяржавы рэзідэнту другой Дагаворнай Дзяржавы падлягаюць з мэтай вызначэння падаткаабкладаемай маёмасці такога прадпрыемства вылічэнням на тых жа ўмовах, што і даўгі рэзідэнту першай названай Дзяржавы.

5. Прадпрыемствы адной Дагаворнай Дзяржавы, капітал якіх поўнасцю або часткова належыць аднаму або некалькім рэзідэнтам другой Дагаворнай Дзяржавы або прама ці ўскосна кантралюецца імі, не падлягаюць ў першай названай Дзяржаве іншаму або больш цяжкаму падаткаабкладанню або звязанаму з ім патрабаванню, чым падаткаабкладанне і звязаныя з ім патрабаванні, якім падвяргаюцца або могуць падвяргацца другія падобныя прадпрыемствы першай названай Дзяржавы.

6. Палажэнні гэтага артыкула, незалежна ад палажэнняў артыкула 2, прымяняюцца да падаткаў любога роду і віду.

Артыкул 25

Працэдура ўзаемнага пагаднення

1. Калі асоба лічыць, што дзеянні адной або абедзвюх Дагаворных Дзяржаў прыводзяць або прывядуць да падаткаабкладання яе не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення, яна можа, нягледзячы на сродкі абароны, якія прадугледжаны нацыянальным заканадаўствам гэтых Дзяржаў, прадставіць сваю справу для разгляду ў кампетэнтны орган Дагаворнай Дзяржавы, рэзідэнтам якой яна з'яўляецца, або, калі яе выпадак падпадае пад дзеянне пункта 1 артыкула 24, той Дагаворнай Дзяржавы, грамадзянінам якой яна з'яўляецца. Заява павінна быць прадстаўлена на

працягу трох гадоў з даты першага паведамлення аб дзеяннях, што прыводзяць да падаткаабкладання не ў адпаведнасці з палажэннямі дадзенага Пагаднення.

2. Кампетэнтны орган імкнецца, калі ён палічыць заяву абгрунтаванай і калі ён сам не ў стане прыйсці да здавальняючага рашэння, вырашыць пытанне па ўзаемнай згодзе з кампетэнтным органам другой Дагаворнай Дзяржавы з мэтай пазбягання падаткаабкладання, якое не адпавядае дадзенаму Пагадненню. Любая дасягнутая дамоўленасць выконваецца незалежна ад якіх-небудзь абмежаванняў па часу, якія маюцца ў нацыянальным заканадаўстве Дагаворных Дзяржаў.

3. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў імкнуцца вырашаць па ўзаемнай згодзе любыя цяжкасці або сумненні, якія ўзнікаюць пры тлумачэнні або прымяненні дадзенага Пагаднення. Яны могуць таксама кансультавацца адзін з адным з мэтай прадухілення двайнога падаткаабкладання ў выпадках, не прадугледжаных Пагадненнем.

4. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў могуць уступаць у прамыя кантакты адзін з адным у мэтах дасягнення пагаднення ў разуменні папярэдніх пунктаў. Калі акажацца пажаданым для дасягнення пагаднення правесці вусны абмен думкамі, такі абмен думкамі можа мець месца ў камісіі, якая складаецца з прадстаўнікоў кампетэнтных органаў Дагаворных Дзяржаў.

Артыкул 26 **Абмен інфармацыяй**

1. Кампетэнтныя органы Дагаворных Дзяржаў абменьваюцца такой інфармацыяй, якая неабходна для выканання палажэнняў дадзенага Пагаднення, што датычыцца падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне, у той ступені, у якой падаткаабкладанне па гэтаму заканадаўству не супярэчыць дадзенаму Пагадненню. Абмен інфармацыяй не абмяжоўваецца артыкулам 1. Любая інфармацыя, атрыманая Дагаворнай Дзяржавай, лічыцца канфідэнцыяльнай так жа, як і інфармацыя, атрыманая па нацыянальнаму заканадаўству гэтай Дзяржавы і паведамляецца толькі асобам або органам (уключаючы суды і адміністрацыйныя органы), якія звязаны з падлічэннем або сысканнем, прымусовым спагнаннем або судовым праследаваннем у дачыненні да падаткаў, на якія распаўсюджваецца дадзенае Пагадненне або разглядам заяў у дачыненні да такіх падаткаў. Такія асобы або органы павінны выкарыстоўваць інфармацыю толькі для такіх мэт. Яны могуць раскрываць інфармацыю ў ходзе адкрытага судовага пасяджэння або пры прыняцці судовых рашэнняў.

2. Ні ў якім выпадку палажэнні пункта 1 не павінны тлумачыцца як тыя, што абавязваюць адну Дагаворную Дзяржаву:

- а) праводзіць адміністрацыйныя меры, якія супярэчаць заканадаўству або адміністрацыйнай практыцы гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;
- б) прадастаўляць інфармацыю, якую нельга атрымаць па заканадаўству або ў ходзе звычайнай адміністрацыйнай практыкі гэтай або другой Дагаворнай Дзяржавы;
- с) прадастаўляць інфармацыю, якая раскрывала б якую-небудзь гандлёвую, дзелавую, прамысловую, камерцыйную або прафесіянальную тайну або гандлёвы працэс або інфармацыю, раскрыццё якой супярэчыла б дзяржаўнай палітыцы.

Артыкул 27

Члены дыпламатычных прадстаўніцтваў і консульскіх устаноў

Ніякія палажэнні дадзенага Пагаднення не закранаюць падатковых прывілей членаў дыпламатычных прадстаўніцтваў або консульскіх устаноў, прадастаўленых агульнымі нормама міжнароднага права або палажэннямі спецыяльных пагадненняў.

Артыкул 28

Уваходжанне ў сілу

1. Кожная Дагаворная Дзяржава паведамляе другой Дагаворнай Дзяржаве аб завяршэнні працэдуры, неабходных па яе заканадаўству для ўваходжання ў сілу дадзенага Пагаднення.

Пагадненне ўваходзіць у сілу на трыццаты дзень пасля атрымання апошняга з гэтых паведамленняў.

2. Палажэнні Пагаднення прымяняюцца:

а) у дачыненні да падаткаў, утрыманых з крыніцы з даходаў, якія атрыманы першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу;

б) у дачыненні да іншых падаткаў, што спаганяюцца з даходаў за падатковыя перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу;

с) у дачыненні да падаткаў на маёмасць, што спаганяюцца з відаў маёмасці, якая маецца на 1 студзеня года, наступнага за годам, у якім Пагадненне ўвайшло ў сілу.

3. Палажэнні Пагаднення паміж Аўстрыйскай Рэспублікай і Саюзам Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік аб устараненні двойнога падаткаабкладання даходаў і маёмасці, якое падпісана ў Вене 10 красавіка

1981 года, спыняюць прымяненне ў дачыненні да любога падатку Аўстрыі або Беларусі, што адносіцца да даходу або маёмасці, на якія распаўсюджваецца дзеянне дадзенага Пагаднення адносна гэтага падатку, у адпаведнасці з палажэннямі пункта 2.

Артыкул 29 Спыненне дзеяння

Дадзенае Пагадненне застаецца ў сіле да той пары, пакуль яго дзеянне не будзе спынена Дагаворнай Дзяржавай. Любая з Дагаворных Дзяржаў можа спыніць дзеянне Пагаднення па дыпламатычных каналах, шляхам пісьмовага паведамлення аб спыненні дзеяння 30 або да 30 чэрвеня каляндарнага года, наступнага пасля заканчэння пяці гадоў з даты ўваходжання Пагаднення ў сілу. У такім выпадку Пагадненне спыняе сваё дзеянне:

а) у дачыненні да падаткаў, што ўтрыманы з крыніцы з даходаў, атрыманых першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння;

б) у дачыненні да іншых падаткаў, што спаганяюцца з даходаў за падатковыя перыяды, якія пачынаюцца першага або пасля першага студзеня каляндарнага года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння;

с) у дачыненні да падаткаў на маёмасць, што спаганяюцца з відаў маёмасці, якая маецца на 1 студзеня года, наступнага за годам, у якім дадзена паведамленне аб спыненні дзеяння.

У сведчанне чаго паўнамоцныя прадстаўнікі дзвюх Дагаворных Дзяржаў, адпаведным чынам на тое ўпаўнаважаныя, падпісалі дадзенае Пагадненне.

Здзейснена ў двух экзэмплярах у г. Мінску 16 мая 2001 года на нямецкай, беларускай і англійскай мовах, прычым усе тэксты маюць аднолькавую сілу. У выпадку разыходжання ў тлумачэнні перавагу мае тэкст на англійскай мове.

За Урад
Аўстрыйскай Рэспублікі



За Урад
Рэспублікі Беларусь



ПРАТАКОЛ

У момант падпісання Пагаднення паміж Урадам Аўстрыйскай Рэспублікі і Урадам Рэспублікі Беларусь аб пазбяганні дваінога падаткаабкладання ў дачыненні да падаткаў на даходы і маёмасць ніжэйпадпісаных дамовіліся, што наступныя палажэнні складаюць неад'емную частку Пагаднення.

1. Тэрмін “палітыка-адміністрацыйнае падраздзяленне” пры выкарыстанні ў дадзеным Пагадненні адносіцца толькі да Аўстрыі.

2. Да артыкула 7:

Тэрмін “прыбытак” пры выкарыстанні ў гэтым артыкуле ўключае прыбытак, што атрымлівае любы партнёр ад яго ўдзелу ў таварыстве і, у выпадку Аўстрыі, ад удзелу ў пасіўным таварыстве (Stille Gesellschaft), якое створана па аўстрыйскаму заканадаўству.

3. Да артыкула 22:

Разумеецца, што маёмасць, якая не ўяўляе сабой зямлю і будынкі, што належаць да камерцыйнай дзейнасці, якая разглядаецца ў артыкуле 5, пункты 3 і 4, можа абкладацца ў адпаведнасці з артыкулам 22, пункт 2.

У пасведчанне чаго паўнамоцныя прадстаўнікі дзвюх Дагаворных Дзяржаў, адпаведным чынам на тое ўпаўнаважаныя, падпісалі дадзены Праатакол.

Здзейснена ў двух экзэмплярах у г. Мінск 16 мая 2001 года на нямецкай, беларускай і англійскай мовах, прычым усе тэксты маюць аднолькавую сілу. У выпадку разыходжання ў тлумачэнні перавагу мае тэкст на англійскай мове.

За Урад
Аўстрыйскай Рэспублікі



За Урад
Рэспублікі Беларусь



CONVENTION

between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Belarus for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on property

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Belarus, desiring to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on property,

Have agreed as follows:

Article 1

Personal scope

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

Taxes covered

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on property imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on property all taxes imposed on total income, on total property, or on elements of income or of property, including taxes on gains from the alienation of property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises as well as taxes on property appreciation.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

(a) in Austria:

1. the income tax (die Einkommensteuer);
2. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
3. the land tax (die Grundsteuer);
4. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
5. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(b) in Belarus:

1. the tax on income and profits of legal persons;
2. the income tax on individuals;
3. the tax on immovable property and
4. the land tax.

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. At the end of each year, the competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3

General definitions

(1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

- (a) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean, as the context requires, the Republic of Austria or the Republic of Belarus;
- (b) the term “Austria” means the Republic of Austria; the term “Belarus” means the Republic of Belarus and, when used in a geographical sense, means the territory over which the Republic of Belarus exercises under the laws of Belarus and in accordance with international law sovereign rights and jurisdiction;
- (c) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
- (d) the term “company” means any legal person or any entity which is treated as a legal person for tax purposes;
- (e) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

- (f) the term “international traffic” means any transport by a ship, boat or aircraft operated by an enterprise which is a resident of a Contracting State, except when the ship, boat or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- (g) the term “competent authority” means:
 - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - (ii) in Belarus: the State Tax Committee of the Republic of Belarus or its authorised representative;
- (h) the term “national” means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention by a Contracting State any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies.

Article 4

Resident

(1) For the purposes of this Convention, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of incorporation or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or property situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- (a) he shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- (b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the State in which he has an habitual abode;
- (c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- (d) if the status of a resident cannot be determined according to sub-paragraphs (a) to (c), the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

Article 5

Permanent establishment

(1) For the purposes of this Convention, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- (a) a place of management;
- (b) a branch;
- (c) an office;
- (d) a factory;
- (e) a workshop, and
- (f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- (a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

- (b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- (c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- (d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- (e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- (f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs (a) to (e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

Income from immovable property

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. Ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

Business profits

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

Shipping, inland waterways transport and air transport

(1) Profits of an enterprise of a Contracting State from the operation of ships, boats or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

Associated enterprises

(1) Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

Dividends

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

(a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;

(b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other rights which is subjected to the same

taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

Interest

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State if the recipient is the beneficial owner of the interest and:

- (a) the recipient of the interest is a Contracting State itself or a local authority or the Central (National) Bank of a Contracting State; or
- (b) the interest is paid in respect of a loan which has been approved by the Government of a Contracting State of which the payer of the interest is a resident;
- (c) interest paid in respect of a loan or a credit made, guaranteed or insured by public entities of the other Contracting State the objective of which is to promote the export and which is connected with the supply by an enterprise of the other Contracting State of industrial, trade, medical or scientific equipment.
- (d) The term "public entity" mentioned in sub-paragraph (c) includes the Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

Royalties

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment or transport vehicles, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that Contracting State itself, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

Gains from the alienation of property

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of property other than immovable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of property other than immovable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships, boats or aircraft operated in international traffic or property other than immovable property pertaining to the operation of such ships, boats or aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

Independent personal services

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

(3) For the purposes of this Convention the term “fixed base” means a fixed place, such as an office or room, through which the activities of an individual performing independent personal services are wholly or partly carried on.

Article 15

Dependent personal services

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period, and
- (b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship, boat or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State may be taxed in that State.

Article 16

Directors' fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

Artistes and sportsmen

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

Article 18

Pensions

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, payments received by an individual being a resident of a Contracting State from the statutory social insurance of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

Article 19

Government service

- (1) (a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- (b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that other State and the individual is a resident of that State who:
 - (i) is a national of that State; or
 - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) (a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.
- (b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner for Belarus and to the members of the staff of the Austrian Foreign Trade Commissioner for Belarus.

(4) The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

Article 20

Students

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

Other income

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

Property

(1) Property represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Property represented by property other than immovable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by property other than immovable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Property represented by ships, boats and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and by property other than immovable property pertaining to the operation of such ships, boats and aircraft shall be taxable only in that State.

(4) All other elements of property of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

Elimination of double taxation

(1) In the case of Austria, double taxation shall be avoided as follows:

- (a) Where a resident of Austria derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention may be taxed in Belarus, Austria shall, subject to the provisions of sub-paragraphs (b), c) and d), exempt such income or property from tax.
- (b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12 may be taxed in Belarus, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Belarus. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given which is attributable to such items of income derived from Belarus.
- (c) Dividends covered by paragraph 2 sub-paragraph (a) of Article 10 and paid by a company which is a resident of Belarus to a company which is a resident of Austria shall, subject to the relevant provisions of the domestic law of Austria but irrespective of any deviating minimum holding requirements of that law, be exempt from tax in Austria.
- (d) Where in accordance with any provision of this Convention income derived or property owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or property of such resident, take into account the exempted income or property.
- (e) Income derived by a resident of Austria which is considered by Austria to be taxable under this Convention in Belarus may nevertheless be taxed in Austria if, after the conduct of a mutual agreement procedure, Belarus does not tax that income by virtue of this Convention.

(2) In the case of Belarus, double taxation shall be avoided as follows:

Where a resident of Belarus derives income or owns property which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Belarus shall allow:

- (i) as a deduction from the tax on the income (profits) of that resident, an amount equal to the income (profits) tax paid in Austria;
- (ii) as a deduction from the tax on the property of that resident, an amount equal to the property tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income (profits) tax or property tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income (profits) or the property which may be taxed in Austria.

Article 24

Non-discrimination

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a

Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable property of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

Mutual agreement procedure

(1) Where a person considers that actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Article 26

Exchange of information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention concerning taxes covered by the Convention insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) involved in the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Convention. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy.

Article 27**Members of diplomatic missions and consular posts**

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28**Entry into force**

(1) Each Contracting State shall notify the other Contracting State of the completion of the procedures required by its laws for the bringing into force of this Convention. The Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of the latter of these notifications.

(2) The provisions of the Convention shall have effect:

- (a) with respect to taxes withheld at source on income derived on or after January 1 of the calendar year next following the year in which the Convention entered into force;
- (b) with respect to other taxes charged on income of taxable periods beginning on or after January 1 of the calendar year next following the year in which the Convention entered into force;
- (c) with respect to taxes on property charged on items of property existing on January 1 of the year following the year in which the Convention entered into force.

(3) The provisions of the Convention between the Republic of Austria and the Union of Soviet Socialist Republics for the avoidance of double taxation on income and on capital signed at Vienna, on 10 April 1981, shall cease to be effective in respect to any Austrian or Belarus tax relating to income or property for which the present Convention has effect as respects that tax, in accordance with the provisions of paragraph 2.

Article 29**Termination**

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the Convention shall cease to have effect:

- (a) with respect to taxes withheld at source on income derived on or after January 1 of the calendar year next following the year in which the notice of termination is given;
- (b) with respect to other taxes charged on income of taxable periods beginning on or after January 1 of the calendar year next following the year in which the notice of termination is given;
- (c) with respect to taxes on property charged on items of property existing on January 1 of the year next following the year in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Minsk this 16th day of May 2001, in the German, Belarusian and English languages, all texts being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

Cede

For the Government of the Republic of Belarus:

Martynov

Protocol

At the moment of signing the Convention between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Republic of Belarus for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on property, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention:

1. The term “political subdivision” as used in the Convention refers only to Austria.
2. Ad Article 7:

The term “profits” as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and, in the case of Austria, from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

3. Ad Article 22:

It is understood that property not representing land and buildings belonging to business activities covered by Article 5 paragraphs 3 and 4 may be taxed according to Article 22 paragraph 2.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Minsk this 16th day of May 2001, in the German, Belarusian and English languages, all texts being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

Cede

For the Government of the Republic of Belarus:

Martynov

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 15. Dezember 2001 bzw. 7. Februar 2002 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 28 Abs. 1 mit 9. März 2002 in Kraft.

Schüssel